

Marcel Alexander Niggli (Hg.): Right-Wing Extremism in Switzerland – National and International Perspectives. Nomos Verlag, Baden Baden 2009.

Der soeben erschienene Sammelband enthält die wichtigsten Resultate der im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmassnahmen» (NFP 40+) durchgeführten Studien sowie internationale Gastbeiträge. Sie sollen die an der aktuellen Situation der Schweiz orientierte Perspektive erweitern. Nachstehend eine Zusammenfassung der Forschungsprojekte.

Link zum NomosShop:

<http://www.nomos-shop.de/trefferliste.aspx?q=Niggli&action=search&page=0>

Linards Udris, Kurt Imhof, Patrik Ettinger: Neue Aufmerksamkeitschancen: Rechtsextremismus und Rechtradikalismus in der öffentlichen Kommunikation 1960-2005

Unter welchen Umständen erhält Rechtsextremismus Aufmerksamkeit? Mittels einer Analyse von Leitmedien und parlamentarischer Debatten von 1960 bis 2005 kann erstens gezeigt werden, dass rechtsextreme Gruppierungen in Krisenphasen höhere Beachtung finden. Zweitens sorgt die zunehmende innenpolitische Polarisierung für eine verschärfte Auseinandersetzung darüber, was als (rechts-)extrem gilt. Drittens beeinflusst der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit die Thematisierung des Rechtsextremismus grundsätzlich. Die kommerzialisierten Medien und die sich an die neuen Medienlogiken anpassenden politischen Akteure fokussieren im Kampf um Aufmerksamkeit auf den Rechtsextremismus als Tabu brechendes und spektakuläres Phänomen. Wenn sich Rechtsextreme inszenieren, zum Beispiel mit Aufmärschen auf die Rütli-Wiese, finden sie ausgeprägte mediale Aufmerksamkeit. Besonders die Boulevardformate sorgen für eine zunehmende, aber nur punktuelle und moralisierende Thematisierung des Rechtsextremismus. Damit wird eine nachhaltige Diskussion über die Ursachen von und Massnahmen gegen Rechtsextremismus erschwert.

Philippe Gottraux, Cécile Péchu: Werte von SVP-Aktivisten

Mittels ausführlicher Interviews mit 40 Aktivisten der Genfer und Zürcher Sektion der SVP lässt sich auf die zentrale Werte der Parteimitglieder schliessen. Die gemeinsamen Wertorientierungen betreffen das Misstrauen gegen Fremde und eine defensive Bindung an die Nation. Ersteres wird nicht argumentativ gestützt; Fremde unterliegen dem generellen Verdacht, dass sie die Schweiz ausnützen und sich nicht richtig integrieren. Letzteres basiert auf dem ausgeprägten Stolz, Schweizer zu sein, und der hohen Bewertung des Sonderfalls Schweiz in kultureller, politischer, religiöser und ökonomischer Hinsicht. Jegliche Kritik gegenüber der Schweiz wird abgewehrt. Einstellungsdifferenzen unter den aktiven Mitgliedern der SVP zeigen sich bezüglich des Antietatismus bzw. des ökonomischen Liberalismus, der Abwertung der classe politique bzw. Elite sowie hinsichtlich kulturkonservativer Positionen (insbesondere Geschlechterrollen).

Gianni D'Amato, Damir Skenderovic: Von Aussenseiter zu Spielmacher. Rechtspopulistische Parteien und die Schweizerische Migrationspolitik

Seit den frühen sechziger Jahren lassen sich in der Schweiz sieben rechtspopulistische, im Nationalrat vertretene Parteien unterscheiden. In europäischer Perspektive nimmt der Rechtspopulismus in der Schweiz eine Pionierrolle ein und gleichzeitig sticht die Kontinuität der Problematisierung des Fremden hervor. Die Entwicklung des rechtspopulistischen Lagers lässt sich in drei Phasen einteilen: Die erste Phase dauerte von 1961 bis 1979 mit Erfolgen der sogenannten Überfremdungsbewegungen zwischen 1969 bis 1974 (Nationale Aktion 1961; Vigilance 1965; Schweizerische Republikanische Bewegung 1971; Eidgenössische Demokratische Union 1975), sie erreichten jedoch bei nationalen Wahlen nie einen höheren Wähleranteil als 8 Prozent. Die zweite Phase von 1979 bis 1991 wurde ebenfalls durch Splitterparteien geprägt, jedoch auch durch eine Erweiterung der Überfremdungsthematik durch andere Themen (Auto-Partei 1985; Lega dei Ticinesi 1991; Schweizer Demokraten 1991). Zusammen erreichten diese Akteure 1991 elf Prozent der Wählerstimmen. Seit 1991 lässt sich eine dritte Phase unterscheiden: Sie ist geprägt durch die Schweizerische Volkspartei, welche die Splitterparteien verdrängte. Sie feierte Erfolge bei Abstimmungen und Wahlen und führte die Problematisierung des Fremden als Dauerthema in das politische Zentrum.

Marc Helbling: Bürgerrecht, Rechtspopulismus und das Dilemma der direkten Demokratie

Anhand der Bürgerrechtsentscheide auf Gemeindeebene lässt sich zeigen, dass die Institutionen der direkten Demokratie bei geheimen Abstimmungen zu einer massiv erhöhten Zurückweisung von Bürgerrechtsbegehren führen. Darüber hinaus wird deren Ablehnung durch das jeweilige kulturelle Verständnis von nationaler Zugehörigkeit und durch die unterschiedliche lokale Bedeutung der Schweizerischen Volkspartei beeinflusst. Entsprechend bietet das formale Verfahren bei Bürgerrechtsentscheiden durch das Volk bei geheimer Abstimmung eine politische Opportunitätschance für rechtspopulistische Akteure. Interviews mit Bürgern, die an solchen Abstimmungen Bürgerrechtsanträge zurückgewiesen haben, belegen, dass keine klaren Gründe für die Ablehnung genannt werden können. Dieses Verfahren hat ausserdem indirekte Effekte auf die Chance der Bürgerrechtsgewährung, weil bereits die Vorselektion von Anwärtern auf das Bürgerrecht restriktiver gehandhabt wird, um Ablehnungen zu vermeiden. Umgekehrt führen Entscheide über Bürgerrechtsbegehren in Parlamenten oder durch offene Abstimmungen in Gemeindeversammlungen nicht zu höheren Rückweisungsdaten. Hier erzeugen die Ablehnungen einen Begründungsdruck, wogegen diese argumentative Dimension in geheimen Abstimmungen entfällt. Dies bedeutet, dass Basisprinzipien der liberalen Demokratie wie die Behandlungsgleichheit argumentative Geltung erhalten müssen, damit blindes, eigennütziges oder kurzsichtiges Abstimmungsverhalten verhindert wird.

Sandro Cattacin, Brigitta Gerber, Massimo Sardi, Robert Wegener: Die Messung von Misanthropie und Rechtsextremismus in der Schweiz. Einsichten aus einer Probeerhebung

Moderne europäische Gesellschaften beschreiben sich selbst als liberal, aufgeklärt, basierend auf Menschenrechten und als anti-diskriminierend. In Frage steht inwieweit die Bürger diese Einstellungen teilen bzw. wie gross das Potenzial für antisemitische, xenophobe, islamophobe und sexistische Einstellungen und Handlungen ist. Diesem Zweck dienen nationale Surveys, die so ausgestaltet werden müssen, dass sie wiederholt und mit entsprechenden Surveys in Europa verglichen werden können. Ein solches Monitoring ist die Voraussetzung für Massnahmen, um die soziale Ordnung innerhalb der komplexen modernen Gesellschaft zu erhalten und auszubauen. Der erste durchgeführte Survey in der Schweiz ergab, dass bei rund 20 Prozent der Bevölkerung antisemitische Einstellungen vorliegen, bei über 50 Prozent Fremdenangst, bei 30 Prozent Islamophobie, bei rund 40 Prozent sexistische Einstellungen. Dies entspricht mehr oder weniger den Ergebnissen in Deutschland. Diese Einstellungen korrelieren mit der Selbsteinschätzung auf

der Links-Rechts-Skala, mit einer rechten politischen Orientierung, tiefen Bildungsabschlüssen, einer ländlichen Lebensweise, Religiosität und mit zunehmendem Alter.

Marco Storni, Martin Schmid, Büro ecce: Jugendliche Opfer rechtsextremer Gewalt – quantitative und qualitative Viktimisierungsprozesse in der Schweiz

Eine standardisierte Befragung von knapp 3000 Schülerinnen und Schülern im Alter von 16 bis 25 Jahren zeigt deren Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt. Jede zehnte befragte Person (elf Prozent) gibt an, in den letzten fünf Jahren mit rechtsextremer Gewalt in Berührung gekommen zu sein. Nur knapp ein Drittel (32 Prozent) erfährt die Aggression aufgrund vermuteter oder tatsächlicher Differenzen zu den Tätern. Opfer werden also ebenfalls Personen, die keine Merkmale aufweisen, die den Feindbildern der rechtsextremen Ideologie entsprechen. Die weitaus grössere Zahl der Betroffenen erfährt die Gewalt im Rahmen von jugendsubkulturellen Auseinandersetzungen. Hier verschwimmen bisweilen Täter- und Opferrollen. Auf der einen Seite stehen rechtsextreme Jugendcliquen; auf der anderen «Hip-Hopper», «Kiffer» und «Linksalternative». Diese Auseinandersetzungen finden hauptsächlich am Wochenende, nachts, im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie im öffentlichen Raum statt. Die Schule spielt als Tatort keine Rolle. Meist ist das städtische Umfeld Schauplatz der Ereignisse.

Ueli Mäder, Corinne Sieber, Wassilis Kassis: Rechtsextreme Jugendliche in der Schweiz: Ausstiegsmotivation unter besonderer Berücksichtigung der familiären Sozialisation und der Gleichaltrigenbeziehungen

Die rechtsextreme Schweizer Szene präsentiert sich als ebenso heterogen wie in den Nachbarländern. Lose Allianzen mit einer flachen Hierarchie und kaum politischen Interessen sind genauso präsent wie politisch stärker ambitionierte Cliquen, patriotisch-nationalistische Gruppen und enge, hochorganisierte Kameradschaften, die sich gänzlich ausserhalb des politischen Systems definieren. Allen Formen gemein ist die Pflicht zu Kameradschaft, Solidarität, Ehre und Loyalität. Drei Mechanismen wirken identitätsstiftend: die Konstruktion des (allenfalls gewalttätig) auszuschliessenden Fremden, die Ausübung ritualisierter kollektiver Aktionen sowie szenengerechte Kleidung und Musik. Ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene bedeutet fallweise Kontaktabbruch, Aufrechterhaltung einer losen Verbindung oder Ausstieg zugunsten anderer rechtsextremer politischer Aktivitäten. Die Autoren identifizieren sechs den Ausstieg begründende Faktoren: 1. Die Gruppe wird als sozial dysfunktionales System erlebt; 2. Die Anfeindung des Fremden lässt sich nicht mit eigenen Erfahrungen vereinbaren; 3. Die rechtsextreme Gruppe wird mit Blick auf die Realisierung politischer Ziele als ineffizient wahrgenommen; 4. Ausbleiben von Anerkennung trotz hohem Engagement; 5. Debatten langweilen; 6. Das Leben in oder an der Grenze zum Kriminellen wird als zu aufreibend erlebt.

Thomas Gabriel: Familienerziehung und Rechtsextremismus - Analyse der biographischen Genese rassistischer Deutungs- und Handlungsmuster junger Menschen

Mittels biographischer Interviews wird der Einfluss der Familie und des sozialen Bezugssystems auf die Entwicklung rassistischer und rechtsextremer Einstellungen und Handlungen Jugendlicher untersucht. In den Lebenswelten der Untersuchten lässt sich ein grosses Mass an «Normalität» nachweisen. Gesellschaftliche Randständigkeit spielt entgegen der theoretischen Erwartung keine bedeutsame Rolle. Drei biographische Wege in den Rechtsextremismus lassen sich belegen: 1. Abgrenzung durch Überanpassung – Radikalisierung der Werte und Normen des Herkunftsmilieus: Die Jugendlichen erhalten mit ihren politischen Äusserungen und Handlungen Anerkennung und Zustimmung; 2. Gewalt, Missachtung und die Suche nach Anerkennung: Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Empathie ist vermindert, Gewaltausübung und Verunsicherung innerhalb sozialer Beziehungen sind die Folge. Diese biographisch erworbenen Dispositionen werden in den Gruppenritualen zu einem Habitus verdichtet. 3. Nicht-Wahrnehmung und Suche nach Erfahrung, Sichtbarkeit und Differenz: Es besteht ein Mangel an Interaktionen und Kommunikation in der Familie. Das Sichtbarmachen über Differenz und das Aufbrechen von Isolati-

on durch Verortung wird wichtig. Diese Verortung wird als identitätsstabilisierende Selbstvergewisserung und Abgrenzung erfahren.

Thomas Busset: Das Fussballstadion als Treffpunkt und als Ort der Rekrutierung und der Geselligkeit der extremen Rechten?

Die Studie untersucht die Rekrutierung von Fussballfans anhand der militanten Fanszene dreier Fussballklubs der Super und Challenge League (FC Basel, BSC Young Boys, Servette FC). In den frühen 1980er Jahren waren Skinheads und Rechtsextremisten an der Rekrutierung von Fussballfans interessiert. Seit 1990 ist die Präsenz von Jugendlichen mit rassistischen und rechtsextremen Haltungen bei Fussballspielen im Rückgang begriffen. Heute dominieren die Ultras die Szene der militanten Fussballfans in der Schweiz, nicht mehr wie in den neunziger Jahren die Hooligans, welche die gewalttätige Auseinandersetzung oft um jeden Preis suchten. Für die «Ultras» bzw. für die in der Regel gut integrierten, 15 bis 25 Jahre alten, aus allen sozialen Schichten stammenden männlichen Jugendlichen steht die bedingungslose Identifikation mit ihrem Klub und ihrer Stadt bzw. Region im Vordergrund. Gewalt ist ihren eigenen Aussagen zufolge kein Selbstzweck, sondern erfolgt ausschliesslich bei Provokationen. An der Nationalmannschaft sind die Ultras kaum interessiert, weil sie dann mit den Fans gegnerischer Klubs gemeinsame Sache machen müssten.

Jean-Philippe Dubey, Dominique Malatesta, Christophe Jaccoud: Hooliganismus und Rechtsextremismus. Eine Analyse der sozijuistischen Reaktion auf ein gesellschaftliches Phänomen. Der Fall Fussball

Im Vorfeld der Euro 2008 intensivierten sich die Debatten über die Prävention von (rechtsextremistisch motivierter) Gewalt in und um Fussballstadien. Die Studie geht der Frage nach, wie die gesetzlich festgeschriebenen Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit umgesetzt wurden und welchen Stellenwert dabei die Bekämpfung von Rechtsextremismus erhält. Die Analyse dokumentiert eine an Markt- und Sicherheitskriterien orientierte härtere Praxis im Umgang mit Verstössen gegen die öffentliche Ordnung. Anders als im ersten Entwurf des «Anti-Hooligan-Gesetzes» umfassen die Massnahmen gegen Hooliganismus und Gewalt von Fussballfans jedoch keine explizite Bekämpfung von rechtsextremistischen und rassistischen Ideen, Einstellungen und Verhaltensformen. Rechtsextremismus und Rassismus werden im Sportumfeld als marginale Phänomene eingeschätzt. Grundsätzlich anerkennt das Gesetz die Bedeutung von Massnahmen im Präventions- und im Repressionsbereich. Konkret sieht es aber hauptsächlich Repressionsmassnahmen vor. Die Verantwortung für Prävention und für den Aufbau einer gewaltfreien Fankultur wird an die Klubs und die Veranstalter delegiert. Weder wird deren Präventionsarbeit finanziell unterstützt noch sind Massnahmen für die Ausbildung von Sicherheitskräften vorgesehen.

Fritz Oser, Christine Riegel: Prävention von Rechtsextremismus und ethnisierten Gewalt an Schulen. Eine Interventionsstudie zur Evaluation von Lehrerfortbildungsmassnahmen in der Schweiz

An der Interventions- und Präventionsstudie nahmen 570 Schüler im Alter von 14 bis 19 Jahren und 34 Lehrer aus 37 Schulklassen teil. In zehn in den regulären Schulplan integrierten Einheiten à je zwei bis sechs Sitzungen behandelte das Lehrpersonal mit den Schulklassen Themen wie Selbstverständnis in pluralen Gesellschaften, Geschlechterrollen, Stereotypen, Feindbilder, Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus, Konfliktbewältigung und eigene Erfahrungen der Integration und des Ausschlusses. Die Effekte wurden zu drei Zeitpunkten gemessen. Sie gehen mehrheitlich (wenn auch nicht immer) in die erwünschte Richtung, insbesondere wurde eine generell gesteigerte Sensibilisierung und Differenzierung festgestellt. Die Effekte müssen jedoch als eher gering bezeichnet werden. Es besteht ein grosser Wissensbedarf bezüglich der Entwicklung von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen als auch bezüglich der Bedingungen für erfolgreiche Interventionen.

Thomas Widmer: Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz

Von 1980 bis 2005 wurden in der Schweiz im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt 105 Gegenmassnahmen ergriffen. Der grösste Anteil der Massnahmen entfiel auf den Bildungsbereich und die Öffentlichkeit in der Form von Sensibilisierungsprojekten. Massnahmen gegen Rechtsextremismus werden in der Schweiz in der Regel erst dann ergriffen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet ist und/oder aufgrund entsprechender Vorfälle die Reputation einer politischen Körperschaft negativ beeinträchtigt wird. Die Massnahmen sind daher sporadisch und oft spontan; ein kontinuierlicher Ansatz fehlt weitgehend. Sieben spezifische Massnahmen wurden in Fallstudien näher analysiert und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Eine Analyse von Evaluationsstudien, die in der Schweiz, Deutschland, England, Australien, den USA sowie der EU zu Massnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durchgeführt wurden, legt als übergreifendes Problem die unscharfe Definition von «Rechtsextremismus» offen. Ein aus den Studienergebnissen generierter Leitfaden zur Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus gibt Fachpersonen, die mit Massnahmen gegen Rechtsextremismus betraut sind, ein Arbeitsinstrument in die Hand.

Miryam Eser Davolio, Matthias Drilling: Soziale Arbeit und Rechtsextremismus: Evaluation von Interventionsansätzen und Entwicklung von Guidelines

Das Projekt untersucht die Aktivitäten von insgesamt sechzehn deutsch- und französischsprachigen Gemeinden zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Als wichtige Massnahme erweist sich der Zusammenschluss aller relevanten Gemeindeakteure (Politik, Schule, Polizei, Jugendarbeit, Kirchen, Vereine etc.). Mit diesem Schulterschluss und einer öffentlichkeitswirksamen Distanzierung gelingt eine Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Rechtsextremismus und in der Folge eine erhöhte Signalisierungs- und Anzeigebereitschaft entsprechender Vorfälle. Ein Monitoring von Vorfällen ermöglicht die Verbesserung des Informationsflusses sowie ein rasches und koordiniertes Vorgehen innerhalb der Gemeinde. Die Reaktionen der Bevölkerung auf Rechtsextremismus in Gemeinden haben zwei sehr unterschiedliche Effekte: Auf der einen Seite schafft das in ländlichen Regionen vorherrschende konservative Milieu mit seiner Ablehnung von Zuwanderung und seiner Tendenz zu Fremdenfeindlichkeit und Segregation den Boden für rechtsextremistische Gruppierungen. Auf der anderen Seite wirkt der Konformitätsdruck jedoch gegen Rechtsextremismus, wenn die meist jugendlichen Anhänger durch ihr Verhalten von der Bevölkerung als Problem wahrgenommen werden. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten kann deshalb eine wirkungsvolle und nachhaltige Strategie zur Eindämmung von Rechtsextremismus darstellen.